

Verweigerter gemeinsamer Neuanfang – Abwicklung und Entsorgung statt Nutzung und Ausbau zukunftsfähiger Potenziale der DDR-Wirtschaft¹

Christa Luft

Nach dem Sturz Erich Honeckers und dem anschließenden Rücktritt der Stoph-Regierung wurde in der DDR der Weg frei für die dringend notwendige grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes. Das galt auch für eine tief greifende Wirtschaftsreform. In seiner Regierungserklärung am 17. November 1989 sprach Hans Modrow, wenige Tage zuvor von der Volkskammer mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, noch vom Projekt einer „marktorientierten Planwirtschaft“.² Nach zahlreichen kritischen Zuschriften aus der Bevölkerung und heftigen Einsprüchen von Wirtschaftspraktikern, die das für einen schwammigen, weil semantische Anleihen an der bisherigen Praxis nehmenden Begriff hielten, entschieden wir uns für die Formulierung „Übergang zu einer ökonomisch effizienten sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung“.³ Griffig war der Begriff nicht, drückte aber aus, dass die Ignorierung von Marktsignalen und die Missachtung von Marktmechanismen ein Ende haben sollten.

Marktwirtschaft kein Synonym für Kapitalismus

Mit einhelliger Zustimmung in der breiten Öffentlichkeit konnte das so formulierte Vorhaben allerdings nicht rechnen. Denn in der bürgerlichen Ökonomie, auch in der Alltagssprache wurde und wird der Terminus „Marktwirtschaft“ gern als Ersatzwort für „Kapitalismus“ verwendet. Aus den gesellschaftszerstörenden Erfahrungen mit dem Kapitalismus resultierte und resultiert bis heute bei vielen Linken eine kritische, ja mitunter strikt-ablehnende Haltung zum marktwirtschaftlichen Prinzip. Übersehen wird dabei, dass die Marktwirtschaft viel älter ist als die kapitalistische Produktionsweise und dass letztere nur eine Phase in der Entwicklung der Marktwirtschaft ist. Folglich sind Gleichsetzungen ungerne gerechtfertigt. Wir in der Modrow-Regierung sahen in der Marktwirtschaft eine

1 Überarbeitete Fassung des Referats auf der Konferenz „1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich“. Siehe Bericht von Jochen Černý, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/II, S.178-181. Anm. der Red.: Die Autorin war im Ministerrat von Hans Modrow vom 18.11.1989 bis zum 18.3.1990 die für Wirtschaft verantwortliche Stellvertretende Vorsitzende.

2 Siehe Neues Deutschland, 18./19.11.1989.

3 Zur Genesis des Wirtschaftsreformkonzepts und zu den Kontroversen darum siehe Christa Luft: Zwischen WEnde und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991, S.85-100.

Funktionsweise der Wirtschaft, aber keine sozialökonomische Ordnung, kein Synonym für Kapitalismus. Nicht Marktwirtschaft und Planwirtschaft sind ein Gegensatzpaar, sondern Marktwirtschaft und Naturalwirtschaft. Nicht generelle Ablehnung des marktwirtschaftlichen Prinzips war für uns der Imperativ linker Politik, sondern Ablehnung seiner kapitalistischen Form, nach der alle Lebensbereiche, auch Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Kunst usw., der Vermarktung unterworfen werden, der Finanzsektor die Realwirtschaft stranguliert und die Existenz breiter Bevölkerungsschichten gefährdet.

Das genannte Ziel schloss den vollständigen Bruch mit der früheren zentralistischen Kommandowirtschaft ein, die eine vorwiegend naturalwirtschaftliche Direktivplanung nutzte. Dieses System hatte sich als unzureichend innovativ erwiesen, motivierte die Menschen wenig, erzeugte Mangel, begrenzte den Wettbewerb und neigte zu Autarkie. Die komplette Verstaatlichung allen Produktiveigentums bis zur kleinsten Fabrik hatte sich als ineffizient erwiesen. Verstaatlichung von Produktionsmitteln ohne gleichzeitige Demokratisierung der Wirtschaft, so die Erfahrung, hat mit Sozialismus nichts zu tun.

Die Wirtschaftreform der Modrow-Regierung⁴ zielte auf die Herausbildung einer gemischten, durch Eigentumsvielfalt gekennzeichneten Wirtschaft bei Dominanz von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen. In der Verfassung der DDR wurde daher am 12. Januar 1990 auf Antrag der Regierung von der Volkskammer Artikel 12 geändert, der auch für Industriebetriebe und Produktionsanlagen generell Privateigentum für unzulässig erklärte.⁵ Ebenso wurde ausländische Kapitalbeteiligung an DDR-Betrieben zugelassen. Für noch existierende private Handwerksbetriebe – rund 140.000 – wurden die knebelnden Restriktionen (übermäßige Gewinnbesteuerung, Begrenzung der Beschäftigtenzahl usw.) gestrichen. Um das Entstehen privater kleiner und mittlerer Betriebe besonders in der Zulieferindustrie, dem wissenschaftlich-technischen Bereich, der Konsumgüterherstellung, der örtlichen Wirtschaft und dem Dienstleistungssektor zu fördern, wurde rasch die Einführung der Gewerbefreiheit vorbereitet und die Reprivatisierung der 1972 zwangsenteigneten privaten und halbstaatlichen Betriebe in die Wege geleitet. Eine Zerschlagung der volkseigenen Kombinate war nicht vorgesehen, stattdessen ihre Umwandlung in Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften oder GmbHs), deren Anteile zu 100 Prozent beim Staat verblieben. Durch Ausgliederung nicht zum Kerngeschäft gehörender und die Produktivität mindernder Bereiche (Transport- und Bauabteilungen, Kulturhäuser, Ferienheime usw.) sollten sie entflochten werden. LPG-Bauern wurde ihr Bodenreformland als handel- und vererbbares Eigentum übertragen. Volkseige-

4 Das Reformkonzept wurde veröffentlicht in der Beilage 1/1990 der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“ (Berlin).

5 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Artikel 12, Berlin 1974.

ner Grund und Boden sollte seinen Status behalten. Genossenschaften erhielten ausdrücklich Schutz.

Damit verbundene Reformziele waren:

- Rechtliche Absicherung eines weitestgehend eigenverantwortlichen Handelns der Betriebe,
- Herausbildung einer modernen Geldwirtschaft und Neubestimmung der Aufgaben des Bankensystems,
- Reformierung der Preisbildung, d. h. Abbau von Subventionen,
- außenwirtschaftliche Öffnung der Volkswirtschaft, ihre Einbindung in alle Formen internationaler Arbeitsteilung und Kooperation mit der BRD sowie anderen Staaten,
- schrittweise Einführung einer konvertiblen Mark der DDR als Krönung der Reform und auf dieser Grundlage Schaffung eines Währungsverbundes mit der BRD.

Diese und weitere hier nicht näher zu benennende Vorhaben bzw. bereits realisierte Ziele hatten sowohl in der Volkskammer als auch am Runden Tisch grünes Licht erhalten. Sie trugen zur vorübergehenden Stabilisierung der ökonomischen Lage und zu einem kreativen unternehmerischen Aufbruch bei, wenngleich die Abwanderung qualifizierter Männer und Frauen bei offener Grenze anhielt.

Von anfangs positiver Resonanz im Westen auf die DDR-Reformvorhaben zu schlagartiger Ablehnung

Vertreter aller Bundestagsparteien gaben sich alsbald bei der Modrow-Regierung und speziell in meinem Verantwortungsbereich die Klinke in die Hand, um sich über die Grundzüge der Wirtschaftsreform zu informieren, ebenso der Wirtschaftsminister des Bundes und die der Bundesländer, führende Repräsentanten der Wirtschaft und der Vizepräsident der EG-Kommission. Am 13. Januar 1990 stellte ich das Konzept auf einer deutsch-deutschen Wirtschaftskonferenz am Institut für Unternehmensführung in Berlin-Rahnsdorf (das frühere Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED) vor, an der 30 Top-Manager bundesdeutscher Konzerne und ebenso viele Generaldirektoren von DDR-Kombinaten teilnahmen. Sowohl vor Ort als auch in der Presse war das Echo positiv.

Wenn diese Vorhaben in die Praxis überführt würden, so äußerten sich einige der Teilnehmer wörtlich, dann wäre die DDR schon auf dem richtigen Wege und dann würde das auch das für Investitionen notwendige Kapital anziehen. Ich habe über dieses Treffen an anderer Stelle ausführlich berichtet.⁶

Auch auf der Jahreshauptversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf am 16. Januar 1990 – ich war zusammen mit Dr. Eberhard Langer, dem Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, dem späteren Chemnitz, als Gastrednerin geladen und sollte die Grundzüge der DDR-Wirtschaftsreform vorstel-

⁶ Siehe Luft, Zwischen WEnde und Ende, S.100-113.

len⁷ – war die Resonanz erwartungsvoll, keineswegs skeptisch oder gar ablehnend.

Das änderte sich schlagartig, als am 7. Februar 1990 die Bundesregierung öffentlich die schnelle Bildung einer Währungsunion mit sofortiger Einführung der D-Mark als alleinigem gesetzlichem Zahlungsmittel auf dem Territorium der DDR vorgeschlagen hatte. Als Motiv wurde die Eindämmung des Übersiedlerstromes und die Bindung der DDR-Bürger an ihre Heimat angegeben. Da eine Bevölkerungsmehrheit der DDR den Vorschlag zur schnellen Einführung der harten Mark geradezu euphorisch angenommen und sich bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit dem breiten Votum für die „Allianz für Deutschland“ auch dafür entschieden hat, gab es bei offener Grenze dazu keine Alternative. Auszuhandeln blieben Modalitäten für ein solches Herangehen, das den Abschied von unserer „Krönungstheorie“ bedeutete, weil ohne Wirtschafts- und Sozialunion mit einer Währungsunion vorgeprescht werden sollte. Übrigens dämmte die in Aussicht gestellte Währungsunion den Übersiedlerstrom keineswegs ein. Dazu trug auch bei, dass die Bundesregierung sich weigerte, nach gegebener Freizügigkeit zwischen beiden deutschen Staaten die bis dato gewährten materiellen und finanziellen Sonderbedingungen für DDR-Übersiedler aufzuheben. So beließ sie es bis 30. Juni 1990 zum Beispiel dabei, ihnen sofort das Arbeitslosengeld eines durchschnittlich verdienenden Westdeutschen zukommen zu lassen.

Westdeutsche Regierungsvertreter waren konsterniert, dass die Modrow-Regierung öffentlich die Risiken eines solchen Crashkurses betonte, keinen Zweifel ließ an den bitteren Folgen für den Binnen- und den Außenmarkt der DDR und damit für die Beschäftigung. Ich werde nicht die Reaktion von Horst Köhler vergessen. Er war zu jener Zeit Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von Kanzler Kohl mit der Vorbereitung der Währungsunion betraut. Bei einem offiziellen Gespräch Mitte Februar 1990 in Bonn gab ich ihm zu verstehen, dass ich die gerade angekündigte Einführung der D-Mark in der DDR nicht nur von ihren unbestreitbar attraktiven Seiten sehe. Mir sei klar, was die Über-Nacht-Umstellung auf eine konvertierbare Währung für den Export, aber auch für den Binnenabsatz bedeuten wird. Millionen würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich warb für Anpassungsmaßnahmen und Übergangszeiten. Darauf Köhler wörtlich: „Warum sind Sie denn so arrogant, Frau Luft?“

Auf der gleichen Linie wie ich hatte kurz zuvor Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl argumentiert, als er am 6. Februar 1990 zu Besuch in Berlin war. In Gesprächen mit Horst Kaminski, dem Präsidenten der Staatsbank der DDR, und anschließend mit mir vertrat er dezidiert den Standpunkt, dass es ökonomisch nicht sinnvoll und sozial äußerst riskant sei, zunächst eine Währungsunion und über diese zeitverzögert eine Wirtschaftsunion herzustellen. Er plädierte wie wir in der Modrow-Regierung dafür, schrittweise, aber ohne Zeitverzug, eine An-

7 Siehe Dies.: Grundzüge der Wirtschaftsreform in der DDR, Urania – aktuell, Januar 1990.

gleichung der noch sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen vorzunehmen und diesen Prozess dann mit einer gemeinsamen Währung zu krönen. Favorisiert wurde in unserem Gespräch als geeignetste Lösung ein Verbund zwischen den Währungen beider deutscher Staaten. Sie sollten – und das war noch ein umstrittener Punkt – durch einen festen oder einen flexiblen Wechselkurs verknüpft sein.

Als Warner vor einer überstürzten währungsmäßigen Verkopplung beider deutscher Staaten ohne vorherige wirtschaftliche Näherung trat auch Tyll Necker, damals Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), auf. Er verglich das mit dem „Besteigen der Eiger-Nordwand im Winter“ oder mit einem „Boxkampf zwischen einem Profi und einem Amateur“. Wie der ausgeht, könne man vorher wissen.

Jedem vernunftbegabten Ökonomen war klar, was mit der DDR-Wirtschaft bei ungebremsster Öffnung zum Weltmarkt passieren würde. Genau das aber bedeutete die Währungsumstellung von der „weichen“ Mark der DDR auf die „harte“ D-Mark in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990. Warnende Stimmen, für den Wirtschaftsverkehr einen anderen Umtauschkurs als den für privat Erspartes zu wählen, wurden in den Wind geschlagen. Ich hatte mich z. B. als stellvertretende Ministerpräsidentin der DDR am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse Mitte März 1990 öffentlich für ein 1:1-Verhältnis beim Umwechseln von Sparguthaben der Bevölkerung ausgesprochen und angeregt, bei größeren Beträgen eine schrittweise Freigabe vorzusehen. Für die Wirtschaft allerdings, so war meine Rede, „brauchen wir einen Kurs, der ihr einen gewissen Schutz bietet, damit sie sich in einem längeren Prozeß auf die harten Forderungen, die ein offener Wettbewerb mit sich bringt, einstellen kann. [...] Ist die D-Mark erst einmal da, sind wir sofort EG-Mitglied. Damit kommen auf Industrie und Landwirtschaft Herausforderungen zu, denen man nur mit Programmen zur Strukturanpassung [...] begegnen kann. Wir brauchen einen Kurs, der aufwertungsmöglich ist.“⁸

Das ökonomisch Vernünftige wurde nicht automatisch zu vernünftiger Politik

Unmittelbar nach dem Angebot der Bundesregierung, eine Währungsunion mit der DDR herzustellen, begannen am 20. Februar 1990 die Vorbereitungsgespräche der gemeinsamen BRD-DDR-Kommission. Auf DDR-Seite wurde sie von Dr. Walter Romberg geleitet, der als SPD-Vertreter seit Ende Januar Minister ohne Portefeuille in der Modrow-Regierung war und ab Mitte April der de-Maiziere-Regierung als Finanzminister angehörte.

Im Anhang des Buches von Siegfried Wenzel „Was war die DDR wert – und wo ist dieser Wert geblieben?“ finden sich „Standpunkt und Erklärung der Vertreter der DDR zu Fragen der Strukturanpassung der Wirtschaft in den Beratungen der

8 Dies.: Wichtige Zeichen für die Menschen gesetzt, in: Neues Deutschland, 12.3.1990.

Regierungsdelegationen zur Vorbereitung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR“.⁹

In der 29. Sitzung der Bundestags-Enquete-Kommission „Bilanz der DDR-Wirtschaft-Zwischenbilanz Aufbau Ost“ am 3. März 1997 resümierte Romberg mit siebenjährigem Abstand zu den damaligen Verhandlungen: „Von der DDR-Seite wurde von Anfang an nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer längeren Strukturanpassungsphase und eines entsprechenden Anpassungsprogramms für die ostdeutsche Wirtschaft hingewiesen. Daß es dabei zu einem solchen Anpassungsprogramm kommen würde, schien aufgrund der früheren wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Teile Westeuropas – Saarland, Griechenland, Portugal, Spanien – fast selbstverständlich. In einem Papier der DDR-Seite vom 2. März 1990 wird festgestellt, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40-50 Prozent niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 Prozent der Unternehmen dort bei einem ‚Wurf in das kalte Wasser‘ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen, und daß dies für mehrere Jahre mit einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5-2 Millionen verbunden wäre.“¹⁰

Strukturanpassungsmaßnahmen aber wurden von der West-Seite aus ordnungspolitischen Gründen strikt abgelehnt. Edgar Most, zu DDR-Zeiten Vizepräsident der Staatsbank und später Chef der Deutschen Bank Berlin, gibt in seiner kürzlich erschienenen Biografie als Kenner der Materie eine Antwort auf die Frage, wie es geschehen konnte, dass innerhalb kürzester Zeit nach der Währungsunion 80 Prozent der früheren DDR-Industriebetriebe pleite waren. Den entscheidenden Fehler sieht er in den Umtauschsätzen, die weder mit der Bundesbank noch mit DDR-Finanzexperten abgestimmt waren. Most beschreibt die Währungsunion als „Wahnsinn“.¹¹ Die ökonomischen Zusammenhänge, insbesondere der sogenannte Richtungskoeffizient, seien vollkommen ignoriert worden. Dieser stellte den Geldwert der nicht konvertierbaren DDR-Mark, also einer Binnenwährung, gegenüber westlichen konvertierbaren Währungen richtig. 1989 betrug er zur D-Mark 4,4:1. Mit der pauschalen Währungsumstellung von 2:1 kam es zu einer falschen Kalkulation vieler Produkte. Deshalb hieß es: viel zu teuer, unverkäuflich, praktisch wertlos. Hätte man den genannten Koeffizienten berücksichtigt, „wäre im Ost- wie im Westhandel eine gänzlich andere Ausgangsbasis entstanden. Immerhin wurden 70 Prozent des Nationaleinkommens der DDR durch die Außenwirtschaftsbeziehungen beeinflusst. Von diesen wiederum entfielen zwei Drittel auf den RGW [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, einem Wirtschaftsverbund sozialistischer Länder – C. L.] und ein Drittel auf das NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet – C. L.]. Auch die Kredite hätten neu bewertet werden müssen“, resümiert Most.¹²

9 Siehe Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert?, Berlin 2000, S.279-281.

10 Siehe Walter Romberg: Beitrag auf der 29. Sitzung der Enquete-Kommission „Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost“, Dresden 3.3.1997.

11 Siehe Edgar Most: 50 Jahre im Auftrag des Kapitals, Berlin 2009, S.161-176.

12 Ebenda, S.163.

So aber fanden Forderungen und Vorschläge kein Gehör, die die Treuhand beim Abstoß des ostdeutschen produzierenden und verarbeitenden Gewerbes in die Fänge der westdeutschen und ausländischen Konkurrenz und damit seine Liquidierung bzw. Marginalisierung hätten bremsen können. „Privatisieren vor Sanieren“ war die Leitlinie. Statt eine gesunde Mischung verschiedener Betriebsgrößen anzustreben, wurden entgegen westeuropäischem Trend – überall gingen in jener Zeit Fusionen vor sich – fast alle Großunternehmen zerschlagen. In der Endzeit der DDR hatte es 145 Betriebe mit mehr als 5.000 Beschäftigten gegeben. Übrig geblieben sind ganze fünf. Natürlich hätten unter Bedingungen eines offenen Marktes bei Weitem nicht alle „Giganten“ überleben können. Aber die Frage nach dem Betriebsgrößenmix – für Beschäftigung, Kooperationsnetze, Gründungs- und Ansiedlungsgeschehen ausschlaggebend – hat keine adäquate Rolle gespielt.

Alternativen zur Totalabwicklung der DDR-Industrie wären machbar gewesen

Denkbar wäre etwa ein mehrjähriges Fortführen traditionsreicher, zumeist eine ganze Region prägender Großunternehmen im Bundes- oder Landeseigentum gewesen, so Waggonbau Ammendorf, Umformtechnik Erfurt, Chemieanlagenbau Grimma, Takraf Leipzig oder Landmaschinenbau Schönebeck. Das hätte die jeweiligen Landesregierungen stärker zur Rück- und Neugewinnung von Absatzmärkten im In- und Ausland in die Pflicht genommen. Zumindest die Ersatzteilproduktion für vormals gelieferte Maschinen und Ausrüstungen sowie deren Modernisierung hätten bei entsprechendem politischem Engagement ein Grundgerüst für die Beschäftigung bilden können. Wem das reine Spekulation scheint, den mag exemplarisch folgendes Faktum nachdenklich stimmen. Die Jenoptik AG, hervorgegangen aus dem Kombinat Carl Zeiss Jena, befand sich nach 1990 zunächst hundertprozentig im Eigentum des Freistaates Thüringen. Seit 1998 ist das Unternehmen an der Frankfurter Wertpapierbörse gelistet. Im Jahre 2002 entfielen auf den Freistaat immer noch 18,92 Prozent der Anteile. Damit blieb dieser größter Einzelaktionär. Ende November 2007 verkaufte die Landesregierung ihren Aktienanteil an die ECE Industriebeteiligungen GmbH Wien. Jenoptik hat die marktwirtschaftliche Umstrukturierung und Neuorientierung nicht ohne Aderlass, insgesamt aber besser überstanden als andere Großunternehmen. Es ist ein hochtechnologischer Leuchtturm, der seinen Platz auf dem Weltmarkt behauptet. Hätte ein solches Modell nicht häufiger Anwendung finden können?

Auch Wege zur Entstaatlichung der Wirtschaft ohne Totalübergabe der Betriebe an die Konkurrenz wären möglich gewesen: Minderheitsbeteiligungen privater Investoren an den Geschäftsanteilen der Treuhand, Verpachtung von Gemeineigentum, Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu Vorzugskonditionen, Verkauf von Betriebsteilen an das Leitungspersonal oder Ausbau des genossenschaftlichen Sektors. In meinem 1992 erschienenen „Treuhandreport“ habe ich dazu ausführ-

lich Stellung genommen.¹³ Manche unter selbst auferlegtem Zeitdruck und bei blindem Vertrauen gegenüber Kaufinteressenten aus westlichen Gefilden zustande gekommene betrügerische Privatisierung hätte auf diese Weise ausgeschlossen werden können.¹⁴

Ich behaupte: Bei einem wie dem beschriebenen Herangehen wären der Produktionseinbruch in den neuen Ländern schwächer, die wirtschaftliche Erholung rascher, die Arbeitslosigkeit niedriger und das Ost-West-Transfervolumen geringer ausgefallen als auf dem von Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel und Co. unter dem Schirm der Bundesregierung eingeschlagenen marktradikalen, nur auf rasche Vermögensverwertung gerichteten Privatisierungspfad. Es wären weniger Forschungs-, Entwicklungs-, Produktions- und Ausbildungspotenziale vernichtet, weniger arbeitsfähige Menschen überflüssig gemacht und weniger öffentliche Gelder in die Taschen von Glücksrittern, Hasardeuren und Abzockern gespült worden.

Selbst nach der wider alle ökonomische Vernunft gewählten Umtauschrelation hätte es Möglichkeiten des zeitweiligen Schutzes der produktivitätsschwächeren ostdeutschen Wirtschaft gegeben, Lohnkostenzuschüsse etwa oder Steuervergünstigungen. Das wäre für den Aufholprozess aus eigener Kraft ein Impuls gewesen. Die Vergabe milliardenschwerer Kredite an Russland als dem jahrzehntelangen Haupthandelspartner der DDR hätte an die Verpflichtung zur Abnahme von Maschinen und Ausrüstungen von den früheren Lieferanten gebunden werden können. Das umso mehr, als aus dem Export der DDR in die UdSSR Rechnungen in Höhe von 6,4 Mrd. Transfer-Rubel offen waren, formal umgerechnet 15 Mrd. D-Mark oder 7,6 Mrd. Euro. Russland hatte diese DDR-Forderung als Schuldner übernommen. Über das Umrechnungsverhältnis der künstlichen Währung Transfer-Rubel zu konvertierbaren Devisen ließ sich gewiss streiten. Aber eine Abwertung des Schuldenvolumens auf 500 Mio. Euro, also ein Fünfzehntel der Ursprungssumme, war ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Immerhin ging es um zuvor von DDR-Bürgern erarbeitetes Vermögen.

13 Siehe Christa Luft: Treuhandreport, Berlin 1992, S.193-204; Dies.: Die Lust am Eigentum, Zürich 1996, S.164-172.

14 Ein spektakulärer Fall von Vereinigungskriminalität ist mit dem Namen des aus Oberhausen stammenden Michael Rottmann verbunden. Der Diplomingenieur gilt als Drahtzieher eines der größten Betrugsfälle bei der Privatisierung ostdeutscher Unternehmen. Er hatte 1991 die Berliner Wärmeanlagenbau GmbH (früher VEB Wärmeanlagenbau Berlin) von der Treuhand für zwei Millionen Mark gekauft. Nach späteren Schätzungen betrug der Substanzwert des Unternehmens damals schon 68 Millionen Mark. Rottmann und seine Managerkollegen höhlten die billigst erworbene WWB systematisch aus, indem sie Unternehmenskonten plünderten, Grundstücke verkauften und Hypotheken aufnahmen. Dem Unternehmen sollen insgesamt Vermögenswerte von 240 Millionen Mark entzogen worden sein. Rottmann setzte sich ins Ausland ab und wird wegen Verdachts des Betrugs und der Untreue mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Beglichen worden sind diese stark reduzierten Schulden übrigens erst von Mitte 2002 bis 2004.

Auch die befristete Fortsetzung von Kopplungsgeschäften, also z. B. Lieferung von Maschinen gegen Bezahlung mit Erdöl, für das es in Europa Vermarktungschancen gab und wie sie vom Thyssen- und anderen bundesdeutschen Konzernen ganz selbstverständlich praktiziert wurden, ist nicht ernsthaft erwogen worden. Die westdeutsche Unternehmerlobby war an Konkurrenz im eigenen Land nicht interessiert, und den Bonner Herrschaften galten solche Vorschläge als nicht marktwirtschaftlich genug.

Wo kompetente Kombi- oder Betriebsdirektoren nach Privatisierung der Unternehmen von der Treuhand nicht geschasst, sondern im Management belassen wurden, waren die Marktanpassungsmaßnahmen für die Belegschaften meist mit weniger tiefen Einschnitten verbunden als dort, wo Zugereiste – oft ohne entsprechende Befähigung und Verwurzelung – das Ruder übernahmen. Ich will nur zwei markante, mir persönlich bekannte Beispiele nennen.

Das erste betrifft Oswald Müller. Der studierte Schiffsanlagenbauer war seit 1978 Chef der Mathias-Thesen-Werft Wismar und nach 1990 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2002 in gleicher Funktion bei der zunächst an den Bremer Vulkan und später an den norwegischen Aker-Konzern verkauften Meerestechnik-Werft. Mit fachlicher Kompetenz, langjährigen Führungserfahrungen und internationalem Renommee konnte er wie kein zweiter das Unternehmen durch die Wendewirren steuern, die Zeit der Treuhandägide bewältigen und die Privatisierungsturbulenzen meistern. Das ging nicht ohne Personalabbau ab. Aber für den Betriebsrat war Ossi Müller, wie ihn alle nannten, die „personifizierte Garantie, daß die Leute Beschäftigung haben und auch in schwierigen Zeiten kein Zahntag ausfiel“.¹⁵

Das andere Beispiel ist Karl Döring, heute noch ein von ost- und westeuropäischen Stahlproduzenten als Berater gefragter Experte. Nach dem Studium der Eisenhüttenkunde im ukrainischen Dnepropetrowsk war er jahrzehntelang leitend in der Stahlbranche der DDR und zuletzt als Generaldirektor des volkseigenen Bandstahlkombinates Eisenhüttenstadt tätig gewesen. Von 1990 bis 1994 blieb er angesehener Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG Eisenhüttenstadt. Es ist vor allem sein Verdienst, wenn das Unternehmen in der schwierigen Phase der Umstellung auf das marktwirtschaftliche Gleis nicht von Aufträgen abgeschnitten war. Welche ernst zu nehmenden Gründe sprachen dagegen, ähnlich in anderen Fällen zu verfahren?

Die Treuhand hat als Holding praktisch aller ehemals volkseigenen DDR-Betriebe diese in Rekordgeschwindigkeit veräußert. Bis zu ihrer Auflösung Ende 1994 war der Großteil der fast 14.000 Unternehmen bzw. Unternehmensteile privatisiert. Die Folge: eine in Friedenszeiten bis dahin nicht bekannte Vernichtung von Wirtschaftspotenzial, der Abbau von etwa 2,5 Millionen industriellen

15 „Ossi“ Müller seit 24 Jahren Werftchef, in: Ostseezeitung (Wismar), 2./3.3.2002.

Arbeitsplätzen, ein gigantischer Ost-West-Vermögenstransfer, ein Minus von 256 Milliarden D-Mark in der Verkaufsbilanz und eine schwere Diskreditierung des Privatisierungsgeschehens in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, die das Treuhandagieren als eine Art kolonialistischer Liquidation empfand und auch so interpretierte. Vierzigjährige Arbeitsleistungen im Sozialismus wurden respektlos entsorgt.

Verschrottung der volkseigenen Industrie sollte der DDR-Delegitimierung dienen

Was als Aufbruch Hunderttausender für eine erneuerte DDR im Herbst 1989 begann, mündete nach sich rasch ausbreitender Übermacht des Westens übers Jahr in die Wiederherstellung eines profitorientierten Systems zwischen Elbe und Oder. Die politische Klasse der BRD witterte die Chance, das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auf den anderen Teil Deutschlands auszudehnen. Sie nutzte die Enttäuschung der DDR-Bevölkerung über den real existierenden Sozialismus und die breite politische Verunsicherung. Ein Winken mit der attraktiven D-Mark beendete zu Beginn des Jahres 1990 abrupt den Aufbruchprozess und das unter der Modrow-Regierung sowie am Runden Tisch begonnene Suchen nach einer demokratischen Alternative zur gescheiterten Ordnung.

Die verantwortlichen Politiker der Bonner Republik machten glauben, die Integration der östlichen Bundesländer könne aus der Portokasse bezahlt werden. Wo sie nichts als graue Steinwüsten sahen, sollten sich kurzfristig blühende Landschaften auftun. Zur Finanzierung teilungsbedingter Sonderlasten einen – wie damals von Richard von Weizsäcker und Kurt Biedenkopf vorgeschlagenen – Beitrag von Beziehern hoher Einkommen und Besitzern großer Vermögen (vergleichbar dem Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg) zu erheben, wurde als absurdes Ansinnen abgewiesen. Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der – wie schon gesagt – in der Wendezeit für eine schrittweise wirtschaftliche Annäherung beider deutscher Staaten warb und vor einer überhasteten Vereinigung mahnte,¹⁶ erinnerte sich später: „Ich habe eine Steuererhöhung gefordert, aber Bundesfinanzminister Theo Waigel hat mich dafür beschimpft.“¹⁷ Die altbundesdeutsche Elite war von ihrem System so überzeugt, dass sie keinen Gedanken an Inventur und Selbstrevision verschwendete. Änderungsbedarf gab es für sie nicht. Beitritt statt Neukonstituierung, Verschuldung statt Steuererhöhung, Besitzstandswahrung statt Opfer – das war die Maxime. Man lebte schließlich in der besten aller Welten: hohe Löhne, lange Ferien, soziale Sicherheit. Warum also etwas ändern? Wolfgang Schäuble, von der Bundesregierung beauftragt, die Vereinigungsverhandlungen mit der DDR-Seite zu führen, ließ seine Gesprächspartner darüber nicht im Unklaren. In seinen Memoiren erinnert

16 Siehe Luft, Zwischen WEnde und Ende, S.191-193; Daniela Dahn: Wir bleiben hier oder Wem gehört der Osten?, Hamburg 1994, S.55.

17 Mahner gegen überhastete Wiedervereinigung, in: Ost-Thüringer Zeitung, 2.12.2004.

er daran: „Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. [...] Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre davon ausgeschlossen wart.“¹⁸

Statt gemeinsam einen Neuanfang zu wagen, dabei Bewährtes aus der DDR für das entstehende Gemeinwesen zu nutzen, Verkrustetes, Überkommenes in der Alt-BRD auszumustern und auf herangereifte demografische Probleme sowie erkennbare Bildungsdefizite zu reagieren, wurde weitergemacht wie gehabt. Auch in der Beschäftigungspolitik wurden ausgetretene Pfade nicht verlassen. Es kam zur Ausweitung der bekannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die aber wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Wettbewerbsverzerrung bald in Verruf gerieten. Ein dauerhafter dritter oder Non-Profit-Sektor hatte hingegen keine Chance. Geld verdrängte Geist. Mammon bestimmte die Richtung. In Siegespose wurde im ökonomisch unterlegenen Staat nach der deutschen Einheit nahezu alles abgewickelt.

Als Kandidat für das Bundespräsidentenamt bekannte Währungsunions-Mitgestalter Köhler dann in zahlreichen Interviews selbstkritisch Fehler, die gemacht worden sind: Der Abbau industrieller Arbeitsplätze sei zu weit gegangen und manches Nützliche von der DDR nicht übernommen worden. Auch habe man die Gefühle der Ostdeutschen zu wenig geachtet. Er beklagte den damaligen Glauben, im Westen wäre alles in Ordnung. Späte Einsichten, meine ich, und das wohl ungewollte Eingeständnis von Arroganz und Ignoranz, wie sie für viele damalige Entscheidungsträger typisch waren!

Die Finanzierung der deutschen Einheit¹⁹ hätte wesentlich billiger ausfallen können, wenn

- die komplette Volkswirtschaft nicht innerhalb von vier Jahren zum Verkauf angeboten worden wäre,
- große Unternehmen mit marktfähigen Produkten und hohen Welt- wie Binnenmarktanteilen zunächst saniert und über mehrere Jahre in Bundes- oder Landeseigentum weitergeführt worden wären,
- nicht alle großen Unternehmen filettiert und miniaturisiert worden wären und eine fast durchweg kleinteilige Wirtschaft sowie eine Unternehmenslandschaft mit dem Charakter verlängerter Werkbänke entstanden wäre,
- Forschung und Entwicklung nicht bis auf die Grasnarbe geschrumpft wären,
- von Anfang an mehr Management-Buy-out betrieben worden wäre,

18 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S.131.

19 Siehe dazu Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002, S.160-195.

- die Treuhand mehr zum Erhalt oder zur Neugewinnung von Binnen- und Außenmarktanteilen getan hätte,
- Wirtschaftsförderung an Beschäftigungseffekte gebunden worden wäre,
- Weniger Glücksritter und Abzocker Zugang zu den zu privatisierenden Objekten gehabt hätten.

Die Wandlung des volkseigenen Vermögens der DDR – vom zweiten Treuhand-Präsidenten Detlev Karsten Rohwedder 1990 noch auf 600 Mrd. D-Mark geschätzt – innerhalb kürzester Frist in einen Schuldenberg von 256 Mrd. D-Mark, wie ihn Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel 1994 hinterließ, diente letztlich der Delegitimierung des realsozialistischen Wirtschaftssystems.²⁰

So richtig es ist, dass es keine Blaupause gab für die wirtschaftliche und soziale Vereinigung zweier Gemeinwesen, die vierzig Jahre lang unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehört hatten, so unverkennbar ist die Mentalität der sich als Sieger fühlenden westlichen Seite im Ablauf des Geschehens.

²⁰ Siehe dazu Wenzel, Was war die DDR wert, S.169-175; Luft, Treuhandreport, S.155-167.